

15.03.2018

US-Strafzölle – Ministerpräsidentenkonferenz unterstützt Stahlindustrie

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat bei ihrem Treffen in Brüssel am 15. März die aktuellen Strafzölle der US-Regierung gegen Stahl- und Aluminiumexporte deutlich kritisiert und will die Europäische Kommission dabei unterstützen, konsequent die Instrumente für den Schutz des Freihandels zu nutzen, die hierfür von der Welthandelsorganisation WTO bereitgestellt werden. Die EU-Kommission solle das von der WTO vorgesehene Schutzklausel-Instrument (Safeguards) einsetzen. Insbesondere zu erwartende Handelsumlenkungen als Folge der US-Maßnahmen müssten im Interesse der europäischen und der deutschen Wirtschaft dringend vermieden werden.

„Die Ministerpräsidentenkonferenz sendet mit der Entschließung ein starkes Signal für die Stahlindustrie an die politischen Entscheider in Brüssel. Die deutschen und die europäischen Stahlunternehmen werden von protektionistischen Schritten der USA bedroht. Dagegen helfen nur die von der WTO vorgesehenen Schutzklauseln. Diese sollten jetzt zügig von der EU-Kommission auf den Weg gebracht werden“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen
Klaus Schmidtke
Leiter Kommunikation

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 6707-115 oder -116
Fax +49 (0) 211 6707-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de